



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/154 - 14. Juli 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0885890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Einigung in der österreichischen Koalition Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta	64
3 - 4	Zusammenschluß - aber kein Block Auch bei der SEATO dümmert es	66
5 - 6	Léo Collard - der neue Präsident der Belgischen Sozialistischen Partei Wortführer einer neuen sozialistischen Generation	83
7	<u>Unser politisches Portrait:</u> Max Brauer - Altmeister der Politik	40

Zur Beachtung:

Wir bringen in der morgigen Ausgabe des SPD-Pressedienstes einen Artikel von Herrn Prof. Dr. Carlo Schmid unter dem Titel: "Gedanken zum 20. Juli".

* * *
* * *

Einigung in der österreichischen Koalition

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

sp- Nachdem die Verhandlungen um die Bildung einer neuen österreichischen Regierung völlig gescheitert zu sein schienen, ist es innerhalb einer Woche zu einer überraschenden Wendung gekommen: In neuerlichen Verhandlungen zwischen den beiden Koalitionsparteien ist - in Abwesenheit der beiden Parteiobermänner Raab und Pittermann - eine Einigung zustande gekommen. Man könnte das als eine Art "österreichisches Wunder" betrachten, lägen nicht die tieferen Ursachen für die Echternacher Springprozedur der ÖVP in der inneren Krise dieser Partei. Das ging so weit, dass die ÖVP verhandlungsunfähig wurde, denn die Zusage der Unterhändler stiess auf den Widerstand der eigenen Parteileitung und umgekehrt. Darunter aber litt zuletzt die Demokratie.

Als sich vor mehr als einem Vierteljahrhundert die Demokratie in Österreich - durch die ungewollte Selbstauflösung des Parlamentspräsidiums - ebenfalls in einer Krise befand, erwies sich der damalige christlichsoziale Bundespräsident Wilhelm Miklas als unfähig und ausserstande, zum Nutzen seines Vaterlandes auch nur von seinen verfassungsmässigen Befugnissen Gebrauch zu machen. Das österreichische Volk hat aus dieser leidvollen Vergangenheit gelernt: Seit 1945 hat es sich nur jeweils einen Sozialisten zum Staatsoberhaupt gewählt. Und in der Tat: der jetzige Bundespräsident und einstige Vorsitzende der Sozialistischen Partei, Dr. Adolf Schärf, zeigte sich der geradezu hoffnungslos scheinenden Situation völlig gewachsen. Er berief nach dem Scheitern des designierten Bundeskanzlers Raab die Spitzenvertreter der beiden Parteien zu sich, redete ihnen mahnend ins Gewissen und - erstmalig in der Verfassungsgeschichte der Republik - betraute keinen Politiker mit der Regierungsbildung, sondern beauftragte die Parteienvertreter, innerhalb einer Woche zu einem brauchbaren Ergebnis zu kommen. In unermüdlichen, zuweilen bis in die Abendstunden andauernden Verhandlungen wurde dann auch tatsächlich innerhalb einer Woche die Basis für eine Einigung gefunden und nun erklärte sich auch Raab dazu bereit, die neue Regierung zu bilden - vermutlich um sich einen besseren Ab-

gang aus dem politischen Leben zu sichern.

Unwillkürlich fragt man sich - nach neun Wochen ermüdender Verhandlungstätigkeit - warum es nicht gleich so gegangen ist. Die Einigung, die jetzt zustande gekommen ist, bildet einen brauchbaren Kompromiss, der im wesentlichen folgendes vorsieht: Wiederherstellung des politischen Kräfteverhältnisses von 1953, als die Nationalratswahlen ein ähnliches Ergebnis zeitigten wie jetzt. Jedoch: Beibehaltung des Landesverteidigungsministeriums (und zwar mit der verfassungsmässig vorgesehenen Ermächtigung durch die Bundesregierung) und als Ausgleich dafür Übergabe des Aussenministeriums an die Sozialisten. Das Aussenministerium aber wird von einer Unterabteilung des Bundeskanzleramtes zu einem selbständigen und vollwertigen Ministerium umgewandelt. Ferner: Unterstellung des Gesamtkomplexes der verstaatlichten Industrie (bei gleichzeitiger Auflösung der bisherigen staatlichen Industrie- und Bergbauverwaltungsgesellschaft IBV) unter ein neu zu bildendes sozialistisches Ministerium, dessen Leitung der sozialistische Vizekanzler Dr. Bruno Pittermann übernimmt. Gleichzeitig Wiedereinführung des (steuerfreien) sogenannten Investitionsausgleiches der verstaatlichten Betriebe.

Dieses Ergebnis kann nicht nur als ein Erfolg der Sozialisten gewertet werden, sondern auch als eine Erfüllung des Wählerwillens. Der österreichische Wähler wollte die Zusammenarbeit der beiden Parteien, die für dieses Land lebenswichtig ist. "In anderen Ländern", sagte Pittermann in einer Rundfunkansprache, "wird die in den Wahlen siegreiche Partei mit der Regierungsbildung betraut. Die geschlagene Partei geht in Opposition. Wir hatten in Österreich vor fünfundzwanzig Jahren einen Bürgerkrieg, in dem die Opposition physisch umgebracht wurde. Damit es nicht wieder so kommt, darf man sich nicht mehr auseinanderstreiten, bis man wieder in Feindschaft gegenübersteht, sondern muss sich am Verhandlungstisch zusammenstreiten. Wir können uns inmitten einer uneinigen Welt Uneinigkeit und Zwietracht nicht leisten, ohne unsere mühsam errungene politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit neuerlich zu gefährden".

Zusammenschluss - aber kein Block

Der Drang zum Zusammenschluss, der Wunsch, in einer grösseren Gemeinschaft von Staaten Geborgenheit und Vorteile zu gewinnen, ist noch immer ein bewegendes Element der Weltpolitik. Doch die Methoden haben sich gewaltig geändert, weil einfach die Zielvorstellungen vieler Regierungen heute ganz anders sind als die vor Jahren verfochtenen. Dominierte früher das Verlangen, sich dem Schutz und Schirm eines militärisch mächtigen Verbündeten anzuvertrauen - gleichgültig, ob dazwischenliegende Ozeane oder Kontinente diese Sicherheit schon aus rein geographischen Gründen ziemlich illusorisch machten - so beherrscht heute die Notwendigkeit, mit Gleichen eine gemeinsame wirtschaftliche Plattform zu finden, die Gedankengänge. Auch bei den Regierungen, die sich an rein militärische Blöcke haben binden lassen, setzt sich immer mehr die Überzeugung durch, dass innere Stabilität nur durch wirtschaftlich-soziale Gesundung erreicht werden kann. Und dazu bedarf es eher - wenn auch nicht ausschliesslich - des regionalen Partners.

Recht eindrucksvolles Anschauungsmaterial für diese Entwicklungstendenzen liefert gegenwärtig der asiatische Raum. Dort war für Block-Strategen nie viel zu holen. Nur wenige Länder haben sich der SEATO angeschlossen, die sich keineswegs durch ein Übergewicht südostasiatischer Mächte auszeichnet. Nur Thailand, die Philippinen und Pakistan lassen sich in diese Kategorie einreihen. Doch selbst da beginnt man sich auf die asiatische Rolle zu besinnen, die erheblicher besser gespielt werden könnte als die des blossen Anhängsels kaum lebensfähiger Militärpakte. Thailands Aussenminister, dessen Land zu den wenigen südostasiatischen Säulen der SEATO zählt, stellt jetzt sogar die Zugehörigkeit zu dieser Organisation in Frage, wenn er verkündet: "Um einen wirtschaftlich-politischen Zusammenschluss in Asien zu erreichen, wäre es nützlich, über die Mitgliedschaft in der SEATO zu diskutieren und auch dem Problem der weltpolitischen Neutralität nicht auszuweichen." Wenn dies von dem Repräsentanten eines SEATO-Mitglieds gesagt wird, wundert es nicht mehr, dass auch aus dem nach Washington orientierten Südvietnam und aus Malaya immer mehr hoch-offizielle Stimmen laut werden, die da für eine "Wirtschafts- und

Kulturgemeinschaft" Südostasiens plädieren.

Dies alles kommt nicht von ungefähr. Die asiatischen Länder sind noch immer Rohstofflieferanten, die mangels ausreichender eigenständiger Industrien, vom Verkauf ihrer Ur-Produkte leben. Permanente Schwankungen der Weltmarktpreise machen diese Staaten besonders empfindlich. Ihre wirtschaftliche Position ist schwach, das Angewiesensein auf die Industrie-Nationen, die als Abnehmer der heimischen Erzeugnisse in Frage kommen, ins Auge fallend. Eine solche Gewissheit stösst sich nicht nur mit dem nationalen Selbstbewusstsein der Entwicklungsländer, man lebt auch ständig in der Furcht vor einer neuen Abhängigkeit, nachdem die koloniale gerade erst überwunden ist.

Hinzu kommt, dass Militär-Pakte und bilaterale Verteidigungsabkommen die asiatischen Mächte nicht vor der rotchinesischen Wirtschaftsoffensive bewahrt haben, die mit einer systematischen Schleuderpreispolitik die ökonomische Basis der nichtkommunistischen Staaten dieses Raums zu unterhöhlen trachtete. Freilich, Pekings von heute auf morgen proklamierter Wirtschaftskrieg zeigt seit langem starke Erschöpfungserscheinungen, er ist keine unmittelbare Gefahr mehr. Aber mit Recht überlegt man sich in den Kabinetten Asiens, was geschehen könnte, wenn die roten Mandarine besser vorbereitet und mit grösserem Durchhaltevermögen ausgestattet in der Zukunft ihre Export-Lawine von neuem rollen lassen. Der "Papptiger", wie die SEATO schon bei ihrer Gründung von den asiatischen Realisten getauft wurde, vermag ihre Schäflein dagegen nicht zu schützen. Und so ist die in Asien in Gang gekommene Diskussion, die sich bereits zu diplomatischen Fühlungsnahmen verdichtet hat, letzten Endes eine Abwehrreaktion gegenüber Rotchinas Wirtschaftsexpansion und zugleich eine Folge der späten Erkenntnis, dass ein militärischer Wall - der in Asien übrigen von sehr zweifelhaftem Wert ist - keineswegs die kommunistische Herausforderung zurückzuweisen vermag.

Léo Collard -

der neue Präsident der Belgischen Sozialistischen Partei

K.K-B. - Der Generalrat der Belgischen Sozialistischen Partei (P.S.B.) hat in seiner Sitzung vom 10. Juli einmütig den früheren Kultusminister der Regierung van Acker, Léo Collard, zum Nachfolger des verstorbenen Präsidenten der Partei, Max Buset, gewählt.

Die Wahl bedarf noch der Bestätigung durch den Parteikongreß, der im Herbst dieses Jahres stattfinden wird, aber diese Bestätigung dürfte sicher sein.

Léo Collard ist einer der populärsten Abgeordneten des Lieger Industriebezirkes. Ein Mann von sehr großer Kultur, verbindlich, aber kompromislos in der Frage der Prinzipien, nicht von der fast granitenen Härte seines Vorgängers, sondern weicher und umgänglicher im Schnitt, aber von einer ruhigen Kühnheit und einer Hartnäckigkeit im Bekennen zu seinen Überzeugungen, die ihn schnell die Sympathien gewinnen läßt.

Auf dem letzten Parteikongreß in Brüssel, der sich bereits mit den Reformen der Struktur beschäftigte, über die Max Buset auf dem inzwischen verschobenen außerordentlichen Kongreß im Juli ein Grundsatzreferat halten sollte - eine Aufgabe, die ihm der Tod aus der Hand nahm - hatte Léo Collard in meisterhafter Weise den Standpunkt einer gemäßigten, ausgleichenden Opposition gegenüber der alten, ein wenig immobilen Garde der Partei vertreten.

Collard ist ein außerordentlich wirksamer Redner, der sich vor allem Autorität durch die Ehrlichkeit und Freimütigkeit seiner Argumentation verschafft.

Er wird niemals aggressiv, er überzeugt durch Sachlichkeit.

In der Kammer sind seine Interventionen auch von seinen politischen Gegnern respektiert.

Symbol einer neuen, zukunftsbewußten Generation wurde Léo Collard vor allem durch die ruhige, gelassene Kühnheit, mit der er den Kaskaden des Hasses entgegentrat, die ihm in den Tagen der neuen Schulgesetzgebung, die seinen Namen trug, entgegenschlugen.

In diesen Monaten war Collard der bestgehaßte, aber auch der am meisten bewundertste politische "leader" in Belgien.

Die Slogans "Nieder mit Collard!" und "Es lebe Collard" klebten in unzähligen Varianten an Häuserwänden und Plakatsäulen selbst in den kleinsten und entlegensten Dörfern und wurden in Riesenlettern mit Farbe quer über die Straßen geschrieben.

Man nannte Léo Collard einen "Kindermörder", man verbrannte sein Bild unter Haßgesängen auf tumultuösen Kundgebungen klerikaler Studenten, man schleppte ihn auf Aufmärschen der Opposition als grausig karikierte Strohfigur durch die Straßen. Eine Strohfigur, die von der fanatisierten Menge ausgepiffen wurde, als wäre sie ein lebendes Wesen ...

Diesen Orkan der Feindseligkeit ertrug Collard mit einer überlegenen, charakterfesten Gelassenheit. Er provozierte nicht, er unterließ es, zu kraftmeiern, aber er stellte sich in einem unablässigen Aufklärungsfeldzug dem anstürmenden Gegner in Versammlungen, die zu wahren Triumphen für ihn wurden. Diese Sturmjahre sind inzwischen durch ruhigere Tage abgelöst, aber sie haben das Prestige Léo Collards in den breiten Massen überaus gefestigt.

Schon seit Jahren galt er als der einzige valable und würdige Nachfolger Max Busets.

Die Noblesse seines Charakters aber bewies Collard bei seiner aktiven Mitarbeit an dem gemeinsamen Akkord der drei großen traditionellen Parteien des Landes, der die seit Generationen die Leidenschaften aufwühlende Schulfrage im höheren Interesse der Nation auf einer Basis regeln sollte, die sowohl den Anhängern der Staatsschule, wie denen der religiösen Schule Gerechtigkeit widerfahren ließ und die gleiche Chance gewährte.

Ohne jede Ranküne war Collard einer der Pioniere dieses Akkords, den er, nach den Erfahrungen der letzten Kampfjahre, als eine Notwendigkeit erkannt hatte. Diese souveräne Sicherheit des Urteils, das nicht davor zurückschreckte, eine Schlußfolgerung zu revidieren, wenn die Analyse der täglichen Erfahrungen diese Revision erforderlich machte, ist nicht von allen verstanden worden. Sie war aber in Wahrheit ein weiteres großes Plus seiner Persönlichkeit.

Ehrlichkeit und Wahrheit waren immer die Devise Léo Collards, und er würde niemals eine Position aus taktischer Demagogie beziehen, wenn er sie nicht moralisch und intellektuell vertreten kann.

Auch die Sozialistische Internationale kann sich zur Wahl dieses neuen Präsidenten ihrer belgischen Sektion nur beglückwünschen.

Léo Collard ist einer der wärmsten Befürworter engster, solidarischer Zusammenarbeit aller in der Sozialistischen Internationale zusammengeschlossenen Parteien. Seine nationale sozialistische Arbeit entwickelt sich aus seinem übernationalen Bekenntnis zur gesellschaftspolitischen Gemeinsamkeit der demokratischen Sozialisten aller Nationalitäten.

Was ihm aber besonders am Herzen liegt, ist die Arbeit in der Jugend, zu der er sich innerlich immer noch zählt.

Dieser "volksnahe" und mit der Psychologie der Masse innerlich verbundene Universitär ist eine der glücklichsten Synthesen des sozialistischen Führtyps einer neuen aufsteigenden Generation.

Unser politisches Portrait:

Max Brauer - Altmeister der Politik

Niemand in Deutschland vermag den Namen Hamburg zu hören, ohne dabei gleichzeitig an dessen Bürgermeister Max Brauer zu denken. Seit 1946, als er nach 14 langen, aber ereignis- und erfolgreichen Jahren aus der Emigration nach Deutschland zurückkehrte, bekleidet er ununterbrochen das Amt des Oberbürgermeisters dieser deutschen Millionenstadt.

Schon im Jahre 1916 wurde Max Brauer, der als junger Arbeiter im Jahre 1903 der sozialistischen Jugend beigetreten war, sozialdemokratischer Stadtverordneter in Altona. Im Jahre 1924 erhob ihn das Vertrauen der Bürgerschaft zum Oberbürgermeister dieser Stadt. Seitdem widmete er seine ganze Arbeitskraft der deutschen Innenpolitik. Er wurde Mitglied des Preussischen Staatsrates, des schleswig-holsteinischen Provinzialrates und Mitglied des Deutschen Städte-tages.

Als die Demokratie durch Hitler zerstört wurde, ging Max Brauer in die Emigration. China bemühte sich um ihn, wo er mehrere Jahre im nationalen Wirtschaftsrat Chinas seine Fähigkeiten in den Dienst dieses grossen Volkes stellte. Ein Auslieferungsantrag Hitlers zwang ihn, China zu verlassen. Er ging in die USA, wo er von 1936 bis 1939 Dozent für Staatswissenschaft, Volkswirtschaft und europäische Politik an der Columbia-Universität in New York wurde. In der Gewerkschaft AFL (American Foederation of Labor) wurde er Vorsitzender der German Labor Delegation.

Nach Ende des Krieges kehrte Max Brauer in seine Heimat zurück. Die überwältigende Mehrheit der Hamburger Bürgerschaft schenkte ihm, der als Politiker in der weiten Welt die letzte Reife erhalten hatte, ihr volles Vertrauen. Sie wählte ihn zum Oberbürgermeister der Stadt.

Es ist Max Brauers unbestrittenes Verdienst, Hamburg aus den Trümmern des Hitler-Krieges wieder aufgebaut und trotz der unglücklichen Zweiteilung Deutschlands Hamburgs Ruf als Welthafen zurückgewonnen zu haben. Heute ist durch die weltweite Erfahrung, die Max Brauer in sein Amt als Oberbürgermeister Hamburgs mitbrachte, der alte Ruhm dieser Stadt wiederhergestellt.

Was ist das Geheimnis dieses Mannes, das solchen Erfolg bewirkte? Man erfährt es aus der Überschrift einer Sammlung seiner Reden, die von seinen Freunden herausgegeben wurde. Sie lautet: "Nüchternen Sinnes und heissen Herzens". Diese politische Wesensart unseres sozialdemokratischen Altmeisters in der Politik ist eine starke Kraft im politischen Kampf der SPD, die Demokratie in der Bundesrepublik zu wahren und auf dem Wege zur Vereinigung unseres geteilten Deutschlands in einem sozialen und demokratischen Staat erfolgreich fortzuschreiten.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel